

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit**

74. Abgeordnete
Kerstin Andreae
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Meldungen, dass die Électricité de France nach wie vor keinen Antrag zur Schließung des Atomkraftwerks Fessenheim gestellt hat (www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/suedbaden/Fessenheim-Ueberwachungskommission-diskutiert-AKW-Zukunft,meldung-31668.html), und welche Gespräche, um ein rechtssicheres Abschaltdatum zu erhalten, wurden von ihr geführt?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Rita Schwarzelühr-Sutter
vom 14. Juni 2019**

Der Bundesregierung ist bekannt, dass die Betreiberin Électricité de France die Stilllegung der beiden Reaktoren am Standort Fessenheim bisher noch nicht beantragt hat. Allerdings haben Vertreter der französischen Regierung mehrfach bekräftigt, zuletzt der französische Premierminister Philippe, dass das Atomkraftwerk (AKW) Fessenheim vor Ende 2020 vom Netz genommen werden soll. Die Bundesregierung führt laufend auf allen Ebenen Gespräche mit der französischen Regierung und setzt sich dabei weiter mit Nachdruck dafür ein, dass das AKW Fessenheim möglichst zeitnah, spätestens jedoch bis zu diesem Zeitpunkt, stillgelegt wird. Die Entscheidung über den Betrieb von AKW erfolgt jedoch ausschließlich in nationaler Souveränität und Verantwortung.

75. Abgeordneter
Andreas Bleck
(AfD)
- Welche Kenntnisse in Form von Studien/Untersuchungen/Umfragen hat die Bundesregierung über das Umwelt- und Naturbewusstsein zu ökologisch komplexen Zusammenhängen (wie Kreislaufwirtschaft, Biotop- und Artenschutz) bei der deutschen Wohnbevölkerung mit europäischem sowie außereuropäischem Migrationshintergrund?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Florian Pronold
vom 18. Juni 2019**

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit führt regelmäßig Erhebungen zum Stand des Naturbewusstseins und des Umweltbewusstseins durch. Dabei werden die Einstellungen der Bevölkerung in Deutschland zu Umwelt, Natur und biologischer Vielfalt im Allgemeinen sowie zu bestimmten Umweltschutz- und Naturschutzthemen erhoben. Die jüngste Umweltbewusstseinsstudie wurde am 28. Mai 2019 veröffentlicht. Im Rahmen dieser Studien werden auch Menschen mit Migrationshintergrund befragt. Eine Differenzierung der Befragten hinsichtlich europäischer oder außereuropäischer Herkunft findet nicht statt (siehe hierzu www.bmu.de/publikation/naturbewusstsein-2017; www.bmu.de/publikation/umweltbewusstsein-in-deutschland-2018).